

Rosemary Hollis:

The Israeli-Palestinian road block: can Europeans make a difference?

International Affairs, Band 80, Heft 2 (März 2004), S. 191–201

In diesem Artikel versucht Rosemary Hollis, einen provokanten, aber umso überlegenswerteren Ansatz für eine europäische Nahostpolitik zu skizzieren.

Nachdem die Vereinigten Staaten im Irak gebunden sind und sich die Lage zwischen Israel und Palästinensern (bis zum Tode Arafats, Anm. d. Rezensenten) stetig verschärft hat, sollte sich Europa vermehrt über ein eigenständiges Engagement im israelisch-palästinensischen Konflikt Gedanken machen. Allerdings hat Europa bis dato keine geeignete Nahoststrategie gefunden: Man versucht lediglich, Washington zu bewegen, Druck auf Israel auszuüben, damit dieses sich aus den 1967 eroberten Gebieten zurückzieht. Auf die israelische Position selbst hat Europa keinen Einfluss.

Das europäische Lagebild wird zudem durch die „Oslo-Mentalität“ bestimmt, also den Glauben, die beiden verfeindeten Volksgruppen würden auf irgendeinem Weg zueinander finden und in friedlicher (multikultureller) Koexistenz leben können. Angesichts der Entwicklungen seit 1993 ist jedoch eine Separation die weitaus realistischere Variante. Europa sollte sich daher eher um eine verträgliche Separationslösung bemühen.

Die Unvereinbarkeit der europäischen und amerikanischen Positionen ergibt sich vor allem aus der völlig divergierenden Sicht eben jener Zeitspanne: Die USA machen in erster Linie die Palästinenser für das Scheitern des Friedensprozesses verantwortlich und lassen (da im Irak gebunden) Israel freie Hand, auf eigene Faust Fakten zu schaffen. Europa hingegen sieht die Alleinverantwortung bei Israel. Beides sind Extremsichten (wobei die US-Position durch die Anerkennung des Bedürfnisses eines freien Palästinenserstaates deutlich ausgewogener ist als die europäische), die nur jeweils eine Seite verärgern und nichts zur Lösung beitragen. Aufgrund der geografischen Nähe Eu-

ropas zum Mittleren Osten, des zunehmenden Antisemitismus in Europa und der sozialen Spannungen mit der größer werdenden muslimischen Bevölkerungsschicht in Europa ist jedoch eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes für die EU von besonderem Interesse. Zudem könnte dies der Union durch ein lösungsorientiertes Auftreten ihrer gemeinsamen Außenpolitik mehr Glaubwürdigkeit verleihen und das transatlantische Verhältnis verbessern.

Eine Erhöhung des Druckes auf die Konfliktparteien seitens der EU ist aber kaum möglich beziehungsweise kontraproduktiv. In den Palästinaergebieten würde ein Einstellen der Zahlungen vermutlich eine humanitäre Katastrophe auslösen. Wirtschaftlicher Druck oder gar Sanktionen gegen Israel würden das israelische Meinungsbild, die Europäer sein bedingungslos auf Seiten der Palästinenser, verstärken, Israel noch stärker an die USA binden und die Position moderater Kräfte in Israel schwächen. Die EU muss, will sie in Israel Gehör finden, die Sicherheitsinteressen der Israelis ernst nehmen und eine glaubhafte und realistische Alternative zur Besetzung anbieten.

Eine auf beiderseitigem Verständnis und Vertrauen basierende ausverhandelte Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ist dabei die unwahrscheinlichste Lösung. Nach diversen Wellen palästinensischen Terrors wollen die meisten Israelis diese loswerden – sei es durch Separation oder durch Vertreibung (schleichend durch ständige Zerstörungen oder durch eine einmalige Eskalation). Unter den Palästinensern gibt es wiederum wenige, die eine echte Zwei-Staaten-Lösung anstreben. Vielmehr sucht man die Gewaltanwendung so lange fortzusetzen, bis Israel nachgibt und die palästinensische Mehrheit – daher auch das Bestehen auf dem Rückkehrrecht – den Staat übernimmt (Zerstörung Israels auf Umwegen). Die Osloer Vorstellung der Zwei-Staaten-Lösung hat also vor den Augen beider Konfliktparteien keinen Bestand und muss modifiziert werden.

Anstatt zu versuchen, Israel über den Friedensprozess in die arabische Welt zu integrieren, sollte Europa Israel eine volle Westintegration in EU und NATO als Gegenleistung für einen Abzug aus

Gaza und dem Westjordanland anbieten. Um Israels Sicherheit zu gewährleisten, ist neben dem NATO-Beistand eine Separation beider Völker unabdingbar; diese könnte auch durch die Stationierung von NATO-Truppen garantiert werden. Allerdings sollte der Grenzwall an die „Grüne Linie“ (Grenze Israels 1948–1967) angelehnt verlaufen.

Den Palästinensern wäre damit ein Staatsgebiet frei von israelischen Okkupationstruppen gegeben. Das Hauptproblem bei einer solchen Variante wird die wirtschaftliche Anbindung dieser Gebiete an die arabischen Nachbarstaaten sein, denn eine Separation bedingt auch ein Abbrechen der Wirtschaftsbeziehungen Israels – des Hauptarbeitgebers der Region – zu den Palästinensergebieten.

Dem Grunde nach kann man Hollis nur beipflichten, jedoch ist es mehr als unwahrscheinlich, dass sich die Europäer zu solch einer Lösungsvariante durchringen. Zu sehr ist die öffentliche Meinung auf Israel eingeschossen, zu sehr glaubt man in Europa, sich durch eine anti-israelische Haltung den Terror zu ersparen. Außerdem fehlt in Europa das Problembewusstsein für einen Staat, der mit einem derartigen Terrorproblem wie Israel konfrontiert ist. Separationslösungen werden – auch wenn sie praktikabler sind – von den Europäern kategorisch abgelehnt. Daran ändert auch das Scheitern der multikulturellen Wunschvorstellungen am Balkan (und vielleicht auch bald in Europa selbst) nichts.

Weiters hat die arabische Bevölkerung innerhalb Israels Grenzen von 1948 dramatisch zugenommen: von 100 000 (1973) auf 1,2 Millionen (2003). Da die Bevölkerungsentwicklung die beste Waffe der Araber ist, wird dieses Problem, da sicher kein Einverständnis der Palästinenser zum Gebiets-tausch Siedler gegen Araber gegeben sein wird, nur durch Zwangsumsiedlung zu lösen sein. Solch ein Vorgehen findet nicht einmal in Israel breite Unterstützung, ein europäischer Vorstoß in diese Richtung liegt jenseits der Vorstellbarkeit.

Gustav Gressel